

# **Chancengleichheit in der globalen Informationsgesellschaft**

## **Deutsches Positionspapier zum ersten Segment des VN-Weltgipfels "Informationsgesellschaft"**

(Stand: 01.12.03)

### **Einführung**

Die konsequente Nutzung der aus dem Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) resultierenden Potenziale erfordert eine enge internationale Zusammenarbeit. Die Bundesregierung misst dem ersten Gipfel der Vereinten Nationen zu Fragen der globalen Informationsgesellschaft (WSIS) daher große Bedeutung bei. Der Gipfel eröffnet für Industrie- und Entwicklungsländer die Chance, sich unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Gruppen und der Wirtschaft gemeinsam unter dem Dach der Vereinten Nationen mit den Chancen und Herausforderungen auseinander zu setzen, die die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien bieten. Die Bundesregierung hat mehrfach, unter anderem im Fortschrittsbericht zum Aktionsprogramm „Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts“ von 2002, ihren Willen zur Unterstützung des Gipfelprozesses bekräftigt und sich aktiv an allen Maßnahmen zur Vorbereitung des Gipfels auf europäischer und internationaler Ebene beteiligt. Sie betrachtet dieses Engagement als wichtige Fortsetzung bzw. Ergänzung ihrer langjährigen Bemühungen in Foren wie der „G8 Digital Opportunity Task Force“, der „Information and Communication Task Force“ der Vereinten Nationen und der Weltbank „Gateway Foundation“. Das deutsche Parlament befasst sich auf der Grundlage eines Entschließungsantrages ausführlich mit dem Gipfelprozess sowie den dabei erörterten Fragestellungen.

Die Bundesregierung erwartet, dass der WSIS tragfähige und zukunftsweisende Perspektiven für die Nutzung und weitere Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien aufweist, die sowohl Belangen der Entwicklungs- als auch der Industrieländer Rechnung tragen. Ein wichtiges Ziel der deutschen Beteiligung am Gipfelprozess ist es daher auch, in diesem Rahmen die auf Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft erreichten Fortschritte darzustellen sowie die dabei gemachten Erfahrungen in die internationale Diskussion einzubringen. Die Bundesregierung wird auch zukünftig ihre Erfahrungen auf diesem Gebiet anderen zur Verfügung stellen.

Mit der Informationsgesellschaft verbinden wir - mit besonderem Blick auf die Chancengleichheit von Frauen - die Vision einer globalen Gesellschaft, in der alle Beteiligten besser miteinander kommunizieren und voneinander lernen. Eine solche offene Informationsgesellschaft kann nur entstehen und dauerhaft Bestand haben, wenn sie auf einer soliden Grundlage von gemeinsamen Werten beruht. Hierzu gehören nach unserem Verständnis insbesondere die nachfolgend genannten Überzeugungen:

## **Menschenrechte anerkennen**

*Die weltweite Anerkennung der Menschenrechte ist Grundvoraussetzung für die globale Informationsgesellschaft. Dies betrifft insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit.*

Ausgangspunkt jeder Konzeption von Informationsgesellschaft müssen die Menschenrechte sein, wie sie insbesondere in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950 sowie in dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966 formuliert sind. Im Kontext der Informationsgesellschaft kommt der umfassenden Garantie der Meinungs- und Informationsfreiheit, wie sie jeweils in Artikel 19 der Menschenrechtserklärung sowie des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte festgelegt ist, eine herausgehobene Bedeutung zu. Zu beachten sind insbesondere der Schutz der Würde des Menschen, die Garantie freier, unabhängiger und vielseitiger Medien sowie die Wahrung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt zu wahren.

## **Gesellschaftliche Interessenvielfalt berücksichtigen**

*Das Konzept der Informationsgesellschaft wird nur dann Stabilität durch die Unterstützung der Menschen gewinnen, wenn alle gesellschaftlichen Interessengruppen angemessen eingebunden werden.*

Aus Sicht der Bundesregierung muss der Gipfelprozess von glaubwürdigen und realistischen Zielsetzungen ausgehen. Dies verlangt die Berücksichtigung der sehr unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen und institutioneller Ausgangsbedingungen in einzelnen Gruppen und Regionen. Diese Unterschiedlichkeit wird im Regelfall von einer breiten Vielfalt an Interessengruppen zum Ausdruck gebracht, innerhalb wie außerhalb des politischen Raumes. Auf der Grundlage eines inklusiven Verständnisses von Informationsgesellschaft kann der Weltgipfelprozess und insbesondere die Umsetzung eines WSIS-Aktionsplans daher nur dann erfolgreich sein, wenn neben den Regierungen die Interessen von Wirtschaft und Zivilgesellschaft angemessen eingebunden werden. Wissen und Engagement dieser Gruppen sind nicht nur für die Phase der konkreten Problemdefinition, sondern vor allem auch für die Implementierung der in nationalen Aktionsprogrammen vorgesehenen Maßnahmen von ausschlaggebender

Bedeutung. Schritte auf dem Weg in die globale Informationsgesellschaft können zusammen mit den Betroffenen besonders glaubhaft und erfolgversprechend eingeleitet werden.

## **Digitale Spaltung überwinden**

*Chancengleichheit innerhalb sowie zwischen Staaten und Regionen ist grundlegend für den Aufbau einer gerechten Informationsgesellschaft. Dies gilt vor allem für die Möglichkeiten des IKT-Zugangs und der IKT-Nutzung.*

Informations- und Kommunikationstechnologien beeinflussen immer stärker und meist positiv Individuen und ihr wirtschaftliches, soziales, kulturelles und politisches Umfeld. Ein digitaler Rückstand von Regionen und / oder gesellschaftlichen Gruppen birgt die Gefahr, dass diese die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten von IKT zur Verbesserung der Lebensbedingungen nicht vollständig nutzen können und damit an der unaufhaltsamen weltwirtschaftlichen Verflechtung nur ungenügend teilhaben. Unterschiede bezüglich der IKT-Nutzung zeigen sich innerhalb von Ländern und Regionen etwa hinsichtlich Alter, Geschlecht und Einkommen; zudem existiert nahezu in allen Regionen ein deutliches Stadt-Land-Gefälle.

Die digitale Chancenungleichheit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern erscheint noch schwerwiegender. Wesentlicher Grund für die Unterschiede zwischen den Regionen sind zum einen die vorhandene materielle und immaterielle Infrastruktur für die Nutzung und Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien, zum anderen die auf den relevanten Märkten vorherrschenden Wettbewerbsbedingungen. Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, dass die sog. Digitale Kluft in erster Linie durch das Engagement des privaten Sektors zu überwinden sein wird. Länder, die faire Wettbewerbsbedingungen durch Privatisierung und Regulierung ihrer IKT-Märkte geschaffen haben, sind attraktiv für private Investitionen, mit denen auch die IKT-Infrastruktur verbessert wird. Hierfür ist es erforderlich, dass in den potentiellen Zielländern geeignete politische Strategien entwickelt werden, die hinreichend günstige wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen vorsehen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang vor allem die Schaffung der erforderlichen regulatorischen Instrumente sowie der Schutz von Auslandsinvestitionen und die Öffnung der Telekommunikationsmärkte.

## **Wirtschaftliche Dynamik nutzen**

*Entwicklung und Einsatz moderner IKT bieten enorme Wirtschafts- und Arbeitsmarktpotenziale. Dies gilt für gerade auch für die Schwellen- und Entwicklungsländer.*

Die Branchen der IKT-Wirtschaft leisten einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftsdynamik und Konjunkturerholung. Dies gilt nicht nur unmittelbar für den Markt der IKT-Produkte und -Dienstleistungen, sondern noch weitaus stärker für die durch die Verwendung dieser Produkte und Dienstleistungen induzierten Produktivitätsfortschritte in den klassischen Branchen. Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass auch und gerade für die Schwellen- und Entwicklungsländer die Entwicklung und der weitergehende Einsatz neuer IuK-Technologien enorme Wirtschafts- und Arbeitsmarktpotenziale bieten. Es ergeben sich neue Formen der globalen Arbeitsteilung, und in vielen Fällen erlaubt insbesondere das Internet ein Überwinden traditioneller Marktzutrittsbarrieren. Diese Potenziale können aber nur realisiert werden, wenn es gelingt, die infrastrukturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Individuelle Fähigkeiten müssen gefördert und genutzt, spezifische Kompetenzen aufgebaut und ein aufnahmefähiges Umfeld für den Einsatz von und die Wertschöpfung durch IuK-Technologien und -Dienste ermöglicht werden. Dabei ist verstärkt darauf zu achten, dass Entwicklung, Herstellung und Nutzung von IuK-Lösungen stets in eine umfassende, ressourcenschonende und generationenübergreifende Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden sind.

## **Globale Infrastrukturen ausbauen**

*Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen sind das Rückgrat der globalen Informationsgesellschaft. Offene Standards und der verstärkte Einsatz von Free and Open Source Software sind kosteneffiziente Instrumente zum Abbau von Zutrittschranken.*

Die internationalen Unterschiede in der Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit der technischen Infrastrukturen stellen eine entscheidende Variable für die globale Chancengleichheit dar. Auf- und Ausbau, Modernisierung und Fortentwicklung der technischen Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen sowie der grenzüberschreitenden Netzwerke bleiben daher eine vordringliche Aufgabe. So ist für viele Entwicklungsländer, vor allem in Afrika, der Zugang zu Internet Backbones von herausragender Bedeutung für die Optimierung der Internet-Verkehrsströme. Die wachsenden Anforderungen an Interoperabilität, Verfügbarkeit, Stabilität sowie nicht-diskriminierenden Zugang verlangen nach hinreichend offenen technischen Infrastrukturen. Die Durchsetzung offener Standards und der verstärkte Einsatz von Free and Open Source-Software sind wichtige Anreize zum Abbau künstlicher Zutrittschranken und zur Verbesserung der Beherrschbarkeit komplexer Systeme.

## **Zugang zu Informationen und Wissen verbessern**

*Aufbauend auf den bewährten rechtlichen Schutzinstrumenten ist das Gleichgewicht zwischen Produzenten und Nutzern geistigen Eigentums wichtiger Teil der Chancengleichheit in der globalen Informationsgesell-*

*schaft. IKT bietet die Chance dafür, dass Lernende und Lehrende grundsätzlich an jedem Ort der Welt einen vergleichbaren Zugang zu Lerninhalten haben.*

Die neuen IuK-Technologien haben grundsätzlich das Potenzial, die ortsunabhängige, kostengünstige und zeitnahe Verfügbarkeit von Wissen deutlich zu steigern. Ein hinreichende Schutz des geistigen Eigentums auf Grundlage der bewährten rechtlichen Instrumente ist unverzichtbar für den Erhalt und die Entwicklung kreativer gesellschaftlicher Potenziale im Interesse der Kreativen sowie der Verbraucher und damit für Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt. Die technologische Dynamik der Digitalisierung und globalen Vernetzung führt dabei möglicherweise zu einem neuen Spannungsverhältnis zwischen den Interessen der Rechteinhaber einerseits und den Anforderungen der Informations- und Wissensgesellschaft, einer modernen Bildungs- und Forschungspolitik sowie den Interessen der Nutzer andererseits. Eine Nutzung der IKT im Bildungsbereich bietet grundsätzlich die Chance dafür, dass Lernende und Lehrende an jedem Ort der Welt einen vergleichbaren Zugang zu Lerninhalten haben.

### **Kulturelle Vielfalt und lokale Inhalte fördern**

*Die globale Informationsgesellschaft kann zur Wahrung und Förderung der kulturellen Vielfalt und Sprachenpluralität in der Welt beitragen. Sie leistet so einen wichtigen Beitrag zur Wahrung einer auf Selbstbestimmung und Pluralität basierenden Lebensumwelt sowie zur Wahrung des kulturellen Erbes zum Nutzen kommender Generationen.*

Die kulturelle und sprachliche Vielfalt sowie Diversität lokaler und regionaler Kontexte bilden eine Grundvoraussetzung für die Schaffung neuer, kreativer Inhalte und innovativen Wissens. Sie sind unverzichtbarer Bestandteil des menschlichen Kulturerbes und Motor der gesellschaftlichen Entwicklung. Die globale Informationsgesellschaft bietet gerade durch die mit dem Internet verbundene Senkung der Zutrittsbarrieren und der Transaktionskosten weitaus mehr kulturellen Gemeinschaften die Möglichkeit, sich darzustellen und den Erfahrungsaustausch zu intensivieren. Wichtiger Teil jeder nationalen IuK-Strategie müssen daher Anreize zur Produktion, Distribution und Nutzung entsprechend vielfältiger regionaler, lokaler oder individueller kultureller Inhalte sein. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass vor allem in den Entwicklungsländern den klassischen elektronischen Medien wie Fernsehen und Hörfunk auf absehbare Zeit eine herausgehobene Stellung zukommt.

Zum Schutz der kulturellen Vielfalt unterstützt die Bundesregierung nachdrücklich die Ausarbeitung eines entsprechenden internationalen Übereinkommens im Rahmen der UNESCO.

## **Schutz und Sicherheit in der Informationsgesellschaft gewährleisten**

*Die Bundesregierung tritt dafür ein, dem Missbrauch der modernen Informationstechnik für terroristische und sonstige kriminelle Zwecke entschieden zu begegnen und dabei den grundsätzlich freien Informationsfluss zu erhalten. Dem elektronischen Rechts- und Geschäftsverkehr muss ein weltweit sicherer Rechtsrahmen gegeben werden; personenbezogene Daten sind auf hohem Niveau zu schützen.*

Zu den grossen Herausforderungen gehört der Missbrauch elektronischer Kommunikationsmöglichkeiten für die Begehung strafbarer Handlungen, so z. B. zur Verbreitung illegaler und jugendgefährdender Inhalte. Die zunehmende Verwendung gerade des Internet für terroristische Zwecke bedarf einer geschlossenen Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft, ohne dass dabei jedoch grundlegende Rechte wie insbesondere der freie Informationsfluss unangemessen beeinträchtigt werden. Wirkungsvolle Lösungen für globale Datennetze sind dabei nur auf internationaler Ebene möglich. Ein Mindestmaß an Vertraulichkeit, Integrität, Authentizität und Zurechenbarkeit der Inhalte und Dienste ist aufgrund der Nutzererwartungen die entscheidende Voraussetzung für die Akzeptanz elektronischer Transaktionen. Zu einem erheblichen Problem entwickelt sich weltweit das steigende Aufkommen an unaufgefordert zugesandten eMail-Werbenachrichten ("Spam"); insoweit ist neben den technisch möglichen Maßnahmen beim Endnutzer eine verstärkte Zusammenarbeit der Staaten und Diensteanbieter geboten.

## **Internet Governance internationalisieren**

*Der mit ICANN gewählte Selbstverwaltungsansatz entspricht den speziellen Anforderungen an das technische Management des Internet. Im Hinblick auf Fragen von öffentlichem Interesse sollte die Rolle der Regierungen in diesem Rahmen aber weiter gefestigt werden.*

Die hinreichende Sicherstellung der technischen Funktionsfähigkeit elektronischer Informations- und Kommunikationsnetze und dabei insbesondere des Internet bildet eine Grundvoraussetzung der globalen Informationsgesellschaft. Im Rahmen der unter dem Begriff Internet Governance zusammengefassten, überwiegend technischen Aufgaben sind die Pflege und der nutzerorientierte Ausbau des Domain Name Systems sowie die Zugriffsmöglichkeiten im Bereich des globalen Root Server Systems von herausragender Bedeutung. Die für ein Management des Internet in diesem Sinne erforderlichen Organisationsstrukturen müssen dabei die Besonderheiten des Mediums berücksichtigen und daher vor allem in der Lage sein, zeitnah auf veränderte Nutzererwartungen reagieren zu können. Aus Sicht der Bundesregierung stellt der 1998 mit Gründung der Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN) gewählte

Ansatz einer transnationalen privaten Selbstverwaltungsansatz auch aus heutiger Sicht den richtigen Weg dar. Gleichwohl zeigt sich zunehmend, dass die in technischem Zusammenhang auftretenden Fragen oftmals mit Aspekten von weitergehendem öffentlichen Interesse verknüpft sind. Zur breiteren Legitimierung des Selbstverwaltungsansatzes erscheint es daher angezeigt, eine Festigung der Rolle von Regierungen sorgfältig zu prüfen.

Deutschland weist mit rund 6 Mio. Einträgen unter „.de“ den weltweit erfolgreichsten nationalen Internet-Bereichsnamen oberster Ordnung auf. Dies ist vor allem auf die private Organisationsstruktur bei der Verwaltung dieser Domäne sowie die liberale Registrierungs politik zurückzuführen.

### **IKT-Komponente in der globalen Zusammenarbeit verankern**

*Der verstärkte Einsatz moderner IKT ist kein Ziel an sich, sondern dient im Rahmen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zunehmend der Erreichung vielfältiger Ziele. Im Rahmen dieses „ICT Mainstreaming“ dürfte insbesondere für die ländlichen Regionen die Mobilisierung öffentlichen Kapitals über die bewährten Institutionen und Instrumente erforderlich sein.*

Fast alle Themenbereiche, mit denen sich der Gipfelprozess befasst, sind für die Entwicklungsländer von Bedeutung. Insgesamt geht es um mehr Chancengleichheit für die Entwicklungsländer in der Informationsgesellschaft und ihre faire Beteiligung an den essentiellen Veränderungsprozessen. Im Laufe der Diskussion der vergangenen Jahre ist deutlich geworden, dass sich die Entweder-Oder-Frage – z. B. IKT statt Gesundheit, Wasser etc. - nicht stellt, sondern dass IKT ein Instrument zur Erfüllung nahezu aller entwicklungspolitischen Aufgaben ist. IKT gelten als „Enabler“, d. h. ihr Einsatz dient dazu, Ziele etwa im Gesundheits- oder Bildungsbereich effektiver und nachhaltiger zu erreichen.

Klar ist, dass die Entwicklungsländer Kapital brauchen, um das Potential der IKT für Entwicklung besser und effektiver nutzen zu können. Spätestens seit Bestehen der G8 Digital Opportunity Task Force gilt das Primat des privaten Kapitals. Es wird dorthin fließen, wo Entwicklungsländer attraktive Investitionsbedingungen geschaffen haben. Die praktischen Beispiele der Vergangenheit zeigen aber auch, dass ländliche Gebiete oftmals trotz günstiger Rahmenbedingungen für private Investoren nicht attraktiv sind. Das für diese Fälle erforderliche öffentliche Kapital wird angesichts des erforderlichen Finanzvolumens von der Weltbank und den Regionalbanken kommen müssen.

IKT-Anwendungen in einer Querschnittsfunktion sind der bestimmende konzeptionelle Ansatz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland unterstützt die Entwicklungsländer bei solchen IKT-Anwendungen in einer Größenordnung von rund 180 Mio Euro. An der

von der Weltbank gegründeten Development Gateway Foundation hat sich Deutschland mit 5 Mio USD beteiligt.

## **Informationsgesellschaft Deutschland**

*Auf der Grundlage zielgerichteter nationaler Aktionspläne konnte Deutschland auf dem Weg in die globale Informationsgesellschaft einen Platz in der Spitzengruppe erlangen. Schwerpunkt für die kommenden Jahre ist der Ausbau der Breitband-Infrastrukturen.*

Unter Berücksichtigung der oben genannten Überzeugungen hat Deutschland auf dem Weg in die globale Informationsgesellschaft ein grosses Stück Weges zurückgelegt. Rund 50% der Deutschen sind bereits online, und nirgendwo gibt es mehr Websites pro Einwohner. Deutschland ist mit einem eCommerce-Umsatz von etwa 50 Mrd. Euro in 2002 und rund 100 Mrd. Euro in 2003 europäischer Spitzenreiter im elektronischen Geschäftsverkehr, zudem sind deutsche Unternehmen Marktführer auf dem europäischen IuK-Markt. Trotz der gegenwärtigen konjunkturellen Schwächeperiode wuchs die Beschäftigung in der IuK-Branche von 1998 bis 2002 um etwa 10% auf über 780.000. Mit dem Regierungsprogramm „Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts“ sowie mit zahlreichen Reformvorhaben - z. B. der Erneuerung des Rechtsrahmens für elektronische Kommunikation, der Modernisierung der Berufsbilder und Einführung international vergleichbarer Universitätsabschlüsse sowie der Förderung von Kompetenzzentren für den elektronischen Geschäftsverkehr - wurden wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung geschaffen.

Mit dem aktuellen Aktionsprogramm „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“, das die Bundesregierung vor wenigen Tagen verabschiedet hat, wird die erfolgreiche IuK-Politik der Bundesregierung in diesem Sinne weiterentwickelt. Mit dem Programm sollen, insbesondere zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung, folgende Ziele erreicht werden:

- Steigerung der Internetnutzung auf 75% der Bevölkerung über 14 Jahren
- Unterstützung der Verbreitung von Breitband, Mobilfunk und digitaler Rundfunkübertragung sowie darauf aufbauender innovativer Dienste
- Verstärkte Nutzung des eBusiness besonders in Mittelstand und Handwerk
- Fortentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen (v. a. die Novellierung des Telekommunikationsgesetzes, die Vereinfachung der Medienordnung und die weitere Modernisierung des Urheberrechts)
- Ausbau der Systemführerschaft für mobile Informations- und Kommunikationssysteme
- Weitere Verbreitung der neuen Medien in Schulen, beruflichen Bildungseinrichtungen und Hochschulen.

- Mit "Deutschland-Online" in auf allen Gebietskörperschaftsebenen eine umfassend integrierte eGovernment-Landschaft schaffen
- Abwicklung der Vergabeverfahren des Bundes über ein rechtskonformes und sicheres eVergabesystem
- Breite Verwendung elektronischer Signaturen im Bankenbereich, in der Arbeits- und Steuerverwaltung sowie im Gesundheitswesen (Gesundheitskarte mit optionaler digitaler Signatur und Heilberufausweise)
- Modernisierung des Gesundheitswesens durch Aufbau einer Telematikinfrastruktur, einrichtungsübergreifende Dokumentationen, elektronischen Handel mit Arzneimitteln und elektronische Rezepte

Die Bundesregierung wird die Umsetzung der Ziele des Aktionsprogramms im Zusammenwirken mit den maßgeblichen Akteuren von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft voranbringen. Die meisten dieser Ziele bieten Ansatzpunkte für internationale Kooperation und gegenseitiges Lernen. Die Bundesregierung ist wie schon in der Vergangenheit dazu bereit, ihre Erfahrungen im Rahmen des bilateralen und multilateralen Austausches zur Verfügung zu stellen.